10 Anträge (schriftlich)

10.1 Verbesserung der Warte-Infrastruktur der LPD-Graz (GR[in] Braunersreuther, KPÖ)

Originaltext des Antrages:

Einige Bürger:innenangelegenheiten, wie etwa die Erstellung der ID-Austria, können von Nicht-Österreicher:innen nicht in den Servicestellen der Stadt Graz, sondern nur auf der Landespolizeidirektion (LPD) erledigt werden. Ebenso wie alle Angelegenheiten des Asyl- und Fremdenwesens.

Damit es nicht zu langen Wartezeiten an den Schaltern kommt, muss für jede Dienstleistung elektronisch ein Termin vereinbart werden. Obwohl diese Terminvereinbarung alles andere als barrierefrei ist, ist diese Vorgangsweise generell zu begrüßen, da a) telefonische Terminvereinbarung ebenfalls möglich ist und b) jeweils wichtige Hinweise auf die mitzubringenden Unterlagen in der Terminbestätigung enthalten sind.

Was jedoch nicht erwähnt wird, dass zum Betreten der LPD Graz ein intensiver Securitycheck nötig ist. Dieser Security-Check findet in einer Schleuse am Eingang des Gebäudes statt und ist zeitaufwändig, da dabei nicht nur die Schleuse zu passieren ist, sondern der Inhalt von Taschen genauestens untersucht wird. Da es nur eine Schleuse gibt, jedoch Termine für mindestens 9 Schalter vereinbart werden können, sind Wartezeiten vor dem Security-Check unumgänglich. So kommt es, dass sich die Schlange auf dem Gehsteig und dem Parkplatz vor der LPD stetig verlängert. Insbesondere in der kalten Jahreszeit sind solche Wartezeiten äußerst unangenehm.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen das Land Steiermark auffordern, die Warte Infrastruktur vor den Sicherheits-Checks der LPD Graz zeitnah zu verbessern, um einen beheizten Raum mit Sitzplätzen anbieten zu können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.2 Neue Taxistände in der Grazer Innenstadt
(GR^{in} Heinrichs, KPÖ)

Originaltext des Antrages:

In den letzten Jahren hat sich in der Grazer Innenstadt einiges getan. Die Neugestaltung der Neutorgasse und die Verkehrsberuhigung der Kaiserfeldgassse tragen erheblich zur Aufenthaltsqualität bei.
Leider hat die Neugestaltung auch zur Auflösung von Taxiständen geführt. Diese sind aber gerade für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen wichtig um die Innenstadt zu erreichen bzw. von hier wieder nach Hause zu kommen. Daher wäre es wichtig, wenn zentrumsnahe Taxistände wieder eingerichtet werden könnten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Einrichtung eines neuen Taxistandes in der Grazer Innenstadt zu prüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.3 Überwachung der Fußgängerzone Franziskanerplatz (GR Huber, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Seit 8. Juli 2024 gilt ein Fahrverbot für Fahrradfahrer:innen über den Franziskanerplatz. Leider wird dieses Verbot noch immer von vielen Fahrradfahrer:innen ignoriert. In einigen Wochen beginnt wieder die Gastgartensaison und es sind wieder mehr Menschen zu Fuß am Franziskanerplatz unterwegs.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgenden

***Antrag**:*

Die zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, eine effektivere Überwachung des Fahrverbots für Fahrradfahrer:innen am Franziskanerplatz zu veranlassen und bei Bedarf weitere Maßnahmen zu ergreifen, damit das Fahrverbot durchgängig gewährleistet wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.4 Unfallhäufungsstelle Marburger Straße
(GR Huber, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Eine Unfallhäufungsstelle ist laut Definition ein Knotenpunkt oder ein kurzer Streckenabschnitt einer Straße, bei dem die Zahl gleicher Unfallarten, gleicher Unfalltypen oder gleicher Unfallursachen einen bestimmten Wert überschreitet. Im Zuge der Ermittlung von Unfallhäufungsstellen werden über gleichartige Unfalltypen mögliche Mängel in der Planung oder baulichen Ausführung der Verkehrsanlage, im Straßenumfeld, im Verkehrsablauf und im Verhalten der einzelnen Verkehrsteilnehmer:innen abgeleitet.

Im Falle der umstrittenen und von der Bevölkerung breit abgelehnten Errichtung der Ampel bei der Kreuzung Moserhofgasse-Petersgasse, wurde von Seiten der zuständigen Verkehrsstadträtin Schwentner argumentiert, dass es sich bei betreffendem Kreuzungsbereich um einen Unfallhäufungspunkt handle, der die Errichtung einer Verkehrslichtsignalanlage notwendig gemacht hätte. Ausschlaggebend dafür waren angeführte zwölf Unfälle mit Personenschaden zwischen 2019 und 2021. Ein Unfallhäufungspunkt besteht auch dann, wenn sich in einem Jahr mindestens fünf gleichartige Unfälle mit Sachschaden in einem bestimmten Streckenabschnitt ereignen. Mit weit über 25 dokumentierten und noch mehr nicht dokumentierten Unfällen in der Marburger Straße, die durch den errichteten Poller entstanden sind, wurde dieses Kriterium für eine Unfallhäufungsstelle bereits deutlich überschritten. Zudem wurde die Straße solcherart baulich verändert, dass zwei Busse im Gegenverkehr nicht mehr aneinander vorbeifahren können, sondern auf die Gehsteige ausweichen müssen. Auch hier ist Gefahr in Verzug.

Besonders bemerkenswert ist, dass dieser Unfallhäufungspunkt Marburger Straße künstlich erzeugt wurde, um dem politischen Wunsch der Verkehrsstadträtin nach einer für den Individualverkehr gesperrten Fahrradstraße zu entsprechen. Die Menschen erwarten sich nun zurecht, dass die Verkehrsstadträtin, wie bei der Moserhofgasse, nicht länger in Kauf nimmt, dass es am Unfallhäufungspunkt Marburger Straße weitere

Personen zu Schaden kommen und Verantwortung übernimmt, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer:innen zu verbessern. Im Sinne der Sicherheit der Bevölkerung stelle ich daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den folgenden

***Antrag**:*

Die für die Abteilung für Verkehrsplanung zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, die künstlich erzeugte Unfallhäufungsstelle Marburger Straße mittels Rückbau der unfallkausalen Poller zu entschärfen, um den Kriterien für Verkehrssicherheit zu entsprechen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.5 Synergien der Koralmbahn für die Grazer Wirtschaft und das städtische Budget nutzen!
(CO Hopper, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Graz ist das wirtschaftliche, wissenschaftliche und innovative Zentrum der Region Südösterreich und fungiert als Brücke zwischen dem mittel- und südosteuropäischen Raum. Die wirtschaftlichen Verflechtungen reichen bis in die angrenzenden Regionen Sloweniens und auch nach Kroatien und ins westliche Ungarn.

Durch die Anbindung an den Baltisch-Adriatischen Korridor und das in Ausführung befindliche Projekt der Koralmbahn entsteht im Süden Österreichs eine erweiterte urbane Metropolregion mit einer Hub-Funktion für den Süden Österreichs in den

internationalen Raum. Die neue Eisenbahnstrecke lässt einen Wirtschaftsraum bestehend aus 1,8 Mio. Menschen, 120.000 Unternehmen und 620.000 Beschäftigten entstehen. Die geplante Fertigstellung der Koralmbahn Ende 2025 stellt somit eine einzigartige Chance für das Entstehen eines neuen Agglomerationsraums im Süden Österreichs (Graz – Klagenfurt – Villach) dar.

Durch regionale und interkommunale Zusammenarbeit kann die zu erwartende Dynamik im Großraum für die Stadt und das Umland neue Optionen hinsichtlich der Standortentwicklung und der Nutzung bzw. Suche nach freien Flächen für die Wirtschaft ermöglichen. Das Grazer Stadtgebiet verfügt bekanntlich ja über kaum mehr frei verfügbare Gewerbe- und Industrieflächen für interessierte Betriebe. Eine Kooperation mit den umliegenden Regionen und Gemeinden, die durch die Koralmbahn strategisch und verkehrstechnisch noch näher zusammenrücken, könnten daher neue Potentiale bei der Suche und Zurverfügungstellung von noch entwickelbaren Gewerbe- und Industrieflächen schaffen.

Ein Beispiel für eine derartig regionsübergreifende Zusammenarbeit ist die Laßnitztal Entwicklungs GmbH (Näheres hier zu finden: https://www.lassnitztal.at/). Diese Gesellschaft wurde im Lichte der Dynamik der Koralmbahn von mehreren Gemeinden rund um den Bahnhof Weststeiermark gegründet, um Chancen für Südösterreich optimal zu nutzen und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Region zu unterstützen. Kernaufgabe der Entwicklungsgesellschaft ist es Gründe für Unternehmen zu sichern bzw. zu entwickeln und die dadurch erwirtschaftete Kommunalsteuer auf beteiligte Kommunen aufzuteilen – eine Win-Win-Situation für flächensuchende Betriebe einerseits und kommunale Kassen andererseits.

Die Beteiligung an diesem Modell der Laßnitztal Entwicklungs GmbH könnte im Lichte kaum verfügbarer Industrie-/Gewerbeflächen im Grazer Stadtgebiet und der budgetären Situation auch für die Stadt Graz interessant sein. Dies sollte von den zuständigen Stellen im Finanz- und Beteiligungsressort aber selbstverständlich in

Gesprächen mit der Laßnitztal Entwicklungs GmbH näher erörtert und auf ihre Machbarkeit sowie finanz-/beteiligungsrechtliche Möglichkeit geprüft werden. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die für finanz- und beteiligungsrechtliche Fragen zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen Gespräche mit der Laßnitztal Entwicklungs GmbH aufnehmen und die Machbarkeit sowie Möglichkeiten einer beteiligungsrechtlichen Kooperation/Partnerschaft ausloten, um neue Potentiale für freie Gewerbeflächen zugunsten der Grazer Wirtschaft und zusätzliche Einnahmenmöglichkeiten über ein kooperatives Kommunalsteuermodell zu prüfen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.6 Keine Durchfahrtssperre für den Individualverkehr in der geplanten Fahrradstraße Neufeldweg (GR^{in} Potzinger, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Seit der Sperre der Marburger Straße für den Individualverkehr durch Poller kam es zu einer massiven Verschiebung des motorisierten Verkehrs in die angrenzenden Nebenstraßen und einer weiteren Belastung der ohnehin schon überbelasteten St. Peter Hauptstraße.

In einem Schreiben der Abteilung für Verkehrsplanung zum Beteiligungskonzept für den Neufeldweg ist bezugnehmend auf die Marburger Straße ausgeführt, dass ein Rückbau des Pollers eine Auflassung der Fahrradstraße nach sich ziehen müsste, da der KFZ-Verkehr ohne Durchfahrtssperre zu hoch und damit die Voraussetzung für eine

Fahrradstraße nicht gegeben wäre. Das bedeutet im Rückschluss, dass ein Poller entgegen bisheriger Behauptungen offensichtlich Grundvorrausetzung für die Implementierung einer Fahrradstraße am Neufeldweg ist.
Dies bedeutet aber nur eine weitere Verlagerung des Verkehrs- und Schleichverkehrs auf andere Bereiche. Dies würde in diesem Fall insbesondere die Scheigergasse betreffen und für Anrainer und Wirtschaftstreibende vor Ort eingeschränkte Zugänglichkeit bedeuten.
In Anbetracht der durch die Poller entstandene Unfallhäufigkeit in der Marburger Straße mit unverhältnismäßig großen Umbaukosten und hoher Akzeptanzproblematik in der Bevölkerung, ist einer Durchfahrtssperre mittels Pollern oder andere Hindernisse am Neufeldweg mit den zu erwartenden negativen Auswirkungen im Bezirk St. Peter und darüber hinaus entschieden entgegenzutreten.

Antrag:

Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, sich bei der Umgestaltung des Neufeldweges in eine Fahrradstraße gegen eine Sperre jedweder Art für den motorisierten Individualverkehr auszusprechen und alternative Möglichkeiten für diese Sperre vorzulegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.7 Kreisverkehr St.Peter/Raaba
(GR[in] Potzinger, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Wie bereits mehrfach festgestellt, hat der Kreisverkehr an der Gemeindegrenze Raaba/Graz bewährt und wirkt stauvermindernd. Es soll Pläne geben, diesen Kreisverkehr aufzulassen und stattdessen eine Ampelregelung einzuführen. Da sich Kreisverkehrslösungen Europaweit x-fach bewährt haben, würde eine Umgestaltung daher einen verkehrspolitischen Rückschritt bedeuten. Aus einer Beantwortung zu dieser bereits mehrfach thematisierten Angelegenheit konnte man entnehmen, dass die Abteilung für Verkehrsplanung bemüht sei, eine nachhaltige und zukunftsträchtige Lösung zu finden.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin wird aufgefordert zu berichten, in welcher Form versucht wurde eine nachhaltige und zukunftsträchtige Lösung zum Erhalt des betreffenden Kreisverkehrs zu finden und zu skizzieren, welche Ergebnisse diese Bemühungen bislang gezeitigt haben.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.8 Finanzierung Sportzentren
(GR[in] Unger, ÖVP)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Sportliche Betätigung ist in vielfacher Hinsicht von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Bewegung hält gesund, macht Freude und hat eine nicht zu unterschätzende soziale Bedeutung. Dies ist umso wichtiger, als die Zunahme von Krankheiten und Folgeerscheinungen von Bewegungsmangel eine immer größere gesellschaftliche Belastung und Herausforderung des Gesundheitssystems wird. Besonders allarmierend ist, dass Kinder bereits in hoher Zahl zu Adipositas und Diabetes neigen.

In Graz gibt es eine Vielzahl an Sportangeboten, die Großteils über Vereine laufen und von ehrenamtlichen engagierten Personen getragen werden. Das Sportamt ist ein ambitionierter Partner für die großen Vereine wie Union, ASKÖ und ASVÖ sowie für alle kleineren Vereine und Initiativen, die sich in Graz dem Sport verschrieben haben. Diese gute Arbeit, die mit einem grundsätzlich kleinen Budget viel bewegt, ist angesichts der Sparmaßnahmen im Grazer Budget aktuell bedroht.

Bereits im Vorjahr wurde auf diesen Umstand im Zuge der Budgeterstellung mit Dringlichkeit hingewiesen, zum Budgetentwurf selbst gab es fast 300 Einwendungen, die vor den Einschnitten im Sport warnten, da unter anderem durch die finanzielle Bedrängnis der Betriebe in den Sporthallen, die übrigens im Besitz der Stadt sind, massiv bedroht ist.

Dies wurde seitens der Koalition zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht in einer Form bearbeitet, die die Lage wesentlich verbessert. Dafür wurde mit dem Beschluss über 640 T EUR für Gutscheine für Kinderräder ein grünes Wahlversprechen eingelöst.

Dies ist ein Schlag ins Gesicht der vielen großteils ehrenamtlichen Tätigen, die sich für den Sport in Graz engagieren und wahrlich keine übertriebenen Forderungen stellen. Es ist ein klares Signal der mangelnden Wertschätzung genau dieser Menschen, die sich für den Breitensport einsetzen. Stattdessen macht die Koalition auf der einen Seite parteipolitische Prestigeprojekte ohne soziale Treffsicherheit, auf der anderen Seite Förderung des Spitzen- statt des Breitensports. Gerade den gilt es aber zu stärken.

Wir setzen uns deshalb vehement für eine angemessene Ausstattung des Sportbudgets ein, die es den vielen NutzerInnen der Grazer Sporteinrichtungen (aktuell sind das in den vier großen Sportzentren 20.000 SportlerInnen pro Woche) weiterhin ermöglicht, regelmäßig, sicher und gut betreut Sport zu betreiben und so einen Beitrag zur individuellen und gesellschaftlichen Gesundheit und sozialen Integration zu leisten.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Bürgermeisterin Elke Kahr möge umgehend zusammen mit Finanzdirektor Mag. Müller einen Termin mit den drei Dachverbandspräsidenten machen, um den nicht budgetierten offenen Kostendeckungsbeitrag für die Sportzentren zu erheben und anschließend dem Gemeinderat einen Beschluss vorzulegen, das Sportbudget um mindestens 670.000,- Euro zu erhöhen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.9 Schaffung einer Winterwelt 2 beim Schloss Lustbühel (GR Gjergji, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Vergleich zwischen der wärmeren Jahreszeit und der Winterzeit stellt sich heraus, dass wir in der Sommerzeit zahlreiche Möglichkeiten für Familienaktivitäten haben. Kinder, Schüler und sogar Erwachsene finden vielfältige Freizeitangebote vor, sei es in unseren Freibädern, an nahegelegenen Seen oder bei vielen kostengünstigen Ausflugszielen, die zur Jahreszeit passen.

Leider fehlt es aber im Winter an vergleichbaren Angeboten. Zwar haben wir die Winterwelt beim Landessportzentrum, jedoch ist die Nachfrage dort sehr groß. Die Wintersportmöglichkeiten wie Rodeln und Skifahren in den umliegenden Skigebieten sind wiederum für viele Familien oft schwer erreichbar und aufgrund der jährlich steigenden Kosten unleistbar. So bleiben Schnee und Winterspaß für viele Familien nur ein unerfüllter Wunsch, den Eltern ihren Kindern immer seltener erfüllen können. Was dazu führt, dass viele Kinder nur wenig Zeit im Freien verbringen und wenig Aktivitäten haben; die Folgen sind nicht selten gesundheitliche Probleme, aber auch familiäre Spannungen.

Als dreifacher Familienvater kenne ich diese Herausforderungen, vor denen Eltern im Winter stehen, nur zu gut. Es ist unsere Aufgabe als politische Verantwortungsträger:innen, hier nach machbaren Lösungen zu suchen und den Grazer Kindern sowie Familien ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten. Ziel ist die Schaffung eines familienfreundlichen Freizeitangebots so wie die Verbesserung der Zugänglichkeit für Kinder und Schulen zum Wintersport. In dem Sinne schlage ich die Umsetzung eines zweiten Standorts als Winterwelt 2 beim Schloss Lustbühel vor, der sich auf Rodeln und Skifahren fokussiert.

Idealerweise sollte der Hang mit natürlichem Schnee präpariert werden, als Alternative könnte bei Bedarf aber auch auf Kunstschnee zurückgegriffen werden. Um diese Winterwelt 2 wirklich familienfreundlich und zu einem Naherholungstreff zu machen, sollte begleitend ein Ausrüstungsverleih zur Verfügung stehen, ebenso ein kleines gastronomisches Angebot. Und besonders in der Vorweihnachtszeit wäre Schloss Lustbühel dann zusätzlich ein wunderbarer Standort für einen Adventmarkt. Auch könnte der Hang für Schitage für Kindergärten und Schulen genutzt werden.

In Hinblick auf die Finanzierung wären Mittel über ein Sponsoring durch lokale Unternehmen, die Standgebühren für gastronomische Angebote und moderate Eintrittspreise denkbar, unter Umständen auch Fördergelder seitens des Landes Steiermark, des Bundes und der EU.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen beauftragt werden, den Vorschlag einer Winterwelt 2 am Lustbühel gemäß Motivenbericht zu überprüfen und umzusetzen, um so Grazer Familien mit Kindern ein leistbares, leicht erreichbares Wintererlebnis zu ermöglichen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.10 Verkehrskonzept Green City
(GR Lenartitsch, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Straßgang ist nicht zuletzt aufgrund zahlreicher Wohnbauten in der jüngeren Vergangenheit einer der großen Zuzugsbezirke in Graz – und nach wie vor sind zahlreiche weitere Projekte in Bau bzw. in Planung. Allerdings führt das auch zu einer stetig steigenden Verkehrsbelastung für die Bezirksbevölkerung.

Als ein besonders betroffener Bereich gilt Webling mit der Green City sowie zahlreichen Wohnsiedlungen im näheren Umfeld. Die Folge ist nicht nur eine überlastete Straßganger Straße, auch in den angrenzenden Nebenstraßen stöhnen Bewohner:innen über ein enormes Verkehrsaufkommen sowie über eine angespannte Parkplatzsituation. So kommt es nicht von ungefähr, dass mittlerweile alle Bezirksratsfraktionen in Straßgang in einer überparteilichen Initiative gemeinsam dringende Maßnahmen zur Entlastung der Bevölkerung einfordern.

Zu den Problemfeldern, die es laut Bevölkerung und Bezirksrat dringend in Angriff zu nehmen gilt, zählen unter anderem:

- *Die Dr.-Kamniker-Straße, die mittlerweile zu einer Durchzugsstraße geworden ist und in der sich Anrainer:innen ob der teils sehr hohen Geschwindigkeiten gefährdet fühlen:*
- *Fast alle Straßen und Gassen in diesem Viertel, unter anderem die Dr.-Lemisch-Straße, die Trattfelderstraße und die Ankerstraße, die vor allem auch von Bewohner:innen der Green City und deren Besucher:innen verparkt werden. Zum Teil werden hier sogar größere Firmenfahr zeuge abgestellt, nicht selten werden die Ausfahrten von Anrainer:innen blockiert, sodass diese die eigenen Grundstücke nur erschwert oder gar nicht verlassen können.*

Aus Sicht der betroffenen Anrainer:innen wie auch des Bezirksrates sei – auffällig nicht zuletzt in Zusammenhang mit der jüngsten Bauverhandlung betreffend die Straßgangerstraße 383 – ein Hauptproblem, dass Mehrfamilienhäuser zunehmend mit zu wenigen Parkplätzen errichtet werden; ganz zu schweigen davon, dass es meist an Besucher:innen-Parkplätzen fehle.

Und diese ohnedies schon prekäre Verkehrssituation mit überlasteten (Neben)Straßen und Gassen sowie der Parkplatznot werde sich – so die verständliche Befürchtung im Bezirk – weiter zuspitzen, wenn beispielsweise die geplanten drei Wohnhäuser auf dem Gelände der Firma Paar errichtet und bezogen sind. Denn schon jetzt sei, so die Klage, die Ankerstraße komplett verparkt, ebenso werde immer häufiger die Martinhofstraße zugeparkt – und dies sogar an Tagen des generellen Fahrverbotes! Nachvollziehbar daher der Hilferuf aus dem Bezirk nach begleitenden, die Anrainer:innen entlastenden Maßnahmen durch ein entsprechendes Verkehrskonzept für dieses Gebiet.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz – insbesondere die Abteilungen für Verkehrsplanung und Stadtentwicklung – werden dringend aufgefordert, für den Bereich Webling rund um die Green City

a) ein Verkehrskonzept zu erstellen, um die im Motivenbericht angeführten Belastungen für die Bewohner:innen in diesem Gebiet zu verringern und
b) bei künftigen Projektierungen Vorsorge zu treffen, dass solche Belastungen für die Wohnbevölkerung von vornherein weitestgehend vermieden werden, indem speziell auf ausreichend Abstellflächen Wert gelegt wird.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.11 „Mehr Weihnachten“ für Graz
(GR^in^ Robosch, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

An Weihnachten ist Graz besonders schön. Die LED-Weihnachtsbeleuchtung wird von Jahr zu Jahr schöner, die Weihnachtsmärkte werden von Jahr zu Jahr größer und Graz erfreut sich auch jährlich guter und steigender Tourismuszahlen.

Man muss aber nicht einmal ein absoluter Weihnachtsfan sein, um "mehr Weihnachten” für Graz zu wollen. Auch dieses Jahr war der Umstieg vom "idyllischen Weihnachtsmarkt mit 30-Meter-Weihnachtsbaum” auf “leeren Hauptplatz für das Silvesterspektakel” am 28. Dezember sehr abrupt. Dabei liegt genau in dieser “Übergangszeit” noch mehr Potential. Mehr Potential für den Tourismus, aber auch mehr Potential für die Weihnachtsmärkte und lokalen Betriebe.

Die Zeit zwischen den Feiertagen bis Mitte Jänner wird innerhalb Österreichs und darüber hinaus stark für Kurzreisen genutzt. In Graz erlebt man auch ein steigendes Interesse bei Gästen aus Italien und Deutschland. Neben dem Skiurlaub wählen hier sehr viele Menschen mittlerweile Städtetrips als attraktive Alternative. Städte wie Berlin, Köln, Wolfsburg und München lassen auch deshalb vereinzelte Standorte für Wintermärkte bis Anfang/Mitte Jänner geöffnet und ermöglichen Gästen wie Bewohner:innen die Urlaubszeit hier besinnlich zu verlängern.

Diese Verlängerung soll natürlich unter Einbindung der Betreiber:innen in Graz überlegt werden. Hier könnte man auch die Verlängerung der Märkte als Chance nutzen und die Betreiber:innen so, nach den letzten Kostensteigerungen, entlasten.

In Zusammenhang mit dieser Überlegung steht auch eine Prüfung und möglicherweise Adaptierung des Silvesterspektakels in Graz. Viele erfreuen sich zu Silvester am Hauptplatz an der Licht- und Wasser Show. Und auch die LED-Beleuchtung in der Herrengasse ist ein toller Beweis, wie die Weihnachtsbeleuchtung mehrfach einsetzbar war, weil diese hier auch für einen bunten Jahres-Countdown genutzt wurde. Doch die Frage ist, ob eine Wasser-Show für diese Licht-Show zu Silvester dringend notwendig ist. Auch dieses Jahr kam es durch Windströme zu Wasser-Verwehungen auf dem gesamten Hauptplatz, was natürlich bei Minusgraden ein gewisses Sicherheitsrisiko darstellt und einen höheren Bedarf an Ressourcen wie Salzstreuung bedarf. Wenn zum Beispiel die Prüfung ergibt, dass die Wasser-Show essenziell ist, könnte man überlegen den Standort an einen Platz wie den Karmeliterplatz zu verlegen, wo schon ein Brunnen vor Ort wäre.

2025 kann also schon jetzt genutzt werden, um in diesen Überlegungsprozess alle Beteiligten einzubinden und sowohl mehr Weihnachten für Graz als auch eine neue Silvestertradition in Graz zu entwickeln.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, gemäß Motivenbericht

1. *unter Einbindung der BetreiberInnen und aller Beteiligten die Möglichkeit der Verlängerung der Weihnachtsmärkte zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen und*
2. *das Grazer Silvesterspektakel in Hinblick auf Standort und Ressourcenbedarf zu evaluieren.*

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.12 Infrastruktur Naherholung/Senior:innen
(KO Schlüsselberger, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Wenn man die Verkehrswende ernst meint, braucht es naturgemäß auch attraktive Naherholungsgebiete mit entsprechender Infrastruktur im Wohnumfeld bzw. in ÖV-Erreichbarkeit. Nur so wird es möglich sein, Grazer:innen einzuladen, sich nicht ins Auto zu setzen, um irgendwo „draußen im Grünen" Frischluft zu tanken, sondern die Erholung ums Eck zu genießen. Insbesondere ist die fußläufige Naherholung quasi vor der eigenen Haustür aber naturgemäß auch für unsere Senior:innen von großer Bedeutung, sowohl in Hinblick auf die Gesundheit als auch zur Förderung der Geselligkeit.

Was in diesem Zusammenhang natürlich besonders wichtig ist: Es braucht die entsprechende „Infrastruktur", vor allem Sitzbänke und Müllkübel. Und um diese scheint es gerade entlang von beliebten Routen speziell in den Außenbezirken nicht immer zum Besten bestellt zu sein, wie Senior:innen häufig mit Bedauern berichten: So wird beispielsweise aus Andritz über fehlende oder kaputte Sitzbänke entlang des Schöckelbaches, in der Radegunder Straße, am Rotmoosweg und am Dürrgrabenweg berichtet, ebenso über überfüllte Mülleimer und schlechte Beleuchtung – das sind allesamt sehr beliebte, von Senior:innen ebenso wie von Familien mit Kindern gerne benutzte Spazierwege.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt,

a) im Sinne des Motivenberichtes dafür Sorge zu tragen, dass die Infrastruktur in den Grazer Naherholungsgebieten und entlang beliebter Spazierwege,

insbesondere Sitzbänke und Mülleimer, in ausreichendem Ausmaß und gutem Zustand vorhanden sind und

b) im speziellen die im Motivenbericht angeführten Bereiche ausreichend mit Sitzbänken auszustatten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.13 Inklusive Schule/Möglichkeiten der Umsetzung (KO Schlüsselberger, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Die Stadt Graz bekennt sich – der UN- Behindertenrechtskonvention entsprechend – auf allen Ebenen zur Inklusion. Dies gilt selbstverständlich auch für den Bildungsbereich, für die Schule. Ein frühzeitiges Miteinander ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch insofern förderlich, als Kinder Beeinträchtigungen gegenüber als durchaus aufgeschlossen gelten, wenn sie Gelegenheit zum Miteinander haben. Die inklusive Schule bietet somit die Chance, ein respekt- und verständnisvolles Zusammenleben von Klein auf zu fördern, ebenso wie sich dies auch positiv auf die Entwicklung von Kindern mit Beeinträchtigungen auswirkt. Nicht zuletzt deshalb hat sich ein Expert:innenkreis – bestehend aus dem Facharbeitskreis des Beirates der Stadt Graz für Menschen mit Behinderungen mit Unterstützung von Fachleuten aus den Bereichen Selbstvertretung, Wissenschaft, Behindertenhilfe, Schule sowie ehemaligen Inklusions- und SonderschülerInnen, Eltern und weiteren VertreterInnen von Menschen mit Behinderungen – in einem umfassenden Arbeitspapier mit dem Titel „Die Inklusive Schule - Vision einer Schule für ALLE Kinder“ für die Inklusion im Bildungsbereich ausgesprochen. Klar ist aber auch: Die inklusive Schule braucht die entsprechenden Rahmenbedingungen, die Ressourcen, auch die räumlichen Voraussetzungen. Als Schulerhalterin ist die Stadt Graz dabei ebenso gefordert wie Land und Bund.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher

den Antrag:

Die Abteilung für Bildung und Integration sowie der ressortverantwortliche Stadtsenatsreferent Kurt Hohensinner werden ersucht mitzuteilen, welche Möglichkeiten das ABI als Schulerhalterin hat, die UN-Behindertrenrechtskonvention in Hinblick auf die inklusive Schule umzusetzen, wo in Hinblick auf eine Forcierung der inklusiven Schule die Zuständigkeiten/die Handlungsbereiche für die Schulerhalterin/das Abi liegen?

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.14 Verbesserung der Beleuchtung am Friedenssteig (KO Schlüsselberger, SPÖ)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Schloßberg ist nicht nur das Wahrzeichen unserer Stadt und somit eine der wesentlichsten touristischen Sehenswürdigkeiten in Graz, er wird vor allem auch immer wieder gerne von der Grazer Bevölkerung besucht: Wer das Glück hat, gut zu Fuß unterwegs zu sein, weiß dabei natürlich ganz besonders den Friedenssteig zu schätzen. Denn sicher nicht ganz mühelose Aufstieg über die 260 Stufen lohnt sich nicht zuletzt auch angesichts der beeindruckenden Aussicht auf Graz – die Dachlandschaft tagsüber ist genauso sehenswert wie abends das Lichtermeer der Stadt.

Letzteres, nämlich der Auf- bzw. Abstieg über den Friedenssteig in den Abendstunden ist allerdings nicht ganz ungefährlich, da die Beleuchtung des doch anspruchsvollen Weges teilweise ungenügend ist. Was ganz besonders etlichen Besucher:innen des Schlossbergs an den „Klanglicht-Tagen“ in der zweiten Oktober Hälfte auffiel, die die vielen dusteren Ecken des Friedenssteigs als äußerst unangenehm und unsicher empfanden. Verständlicherweise entsprang daraus der Wunsch bzw. die Forderung nach einer besseren Ausleuchtung, um diesen attraktiven und in der Form wohl einzigartigen Auf- bzw. Abstieg für alle Besucher:innen sicherer zu machen.

Namens des SPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich daher

den Antrag:

Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden beauftragt, die Beleuchtung des Friedenssteiges auf den Schloßberg raschest zu überprüfen und zu verbessern, um die Sicherheit dieses ungemein attraktiven Auf- bzw. Abstiegs auch in den Abend- und Nachtstunden zu erhöhen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.15 Beschädigte Buchstaben beim Gasthaus (KO Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Besorgte Bürger haben uns mitgeteilt, dass bei der ehemaligen Pizzeria „GEORGI“ an der Conrad von Hötzendorf Straße gegenüber der Messe die Gefahr besteht, dass Buchstaben auf den Gehsteig/Straße herunterfallen könnten. Wie auf dem Bild ersichtlich fehlen bereits erste Buchstaben an der Fassade.

In Anbetracht dessen, dass die Messe Graz auch von vielen Menschen besucht wird, ist dieses gegenüberliegende Haus auch allgemein nicht sehr schön anzuschauen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen ob und bis wann die Buchstaben vollständig abmontiert und die Fassade optisch aufbereitet werden kann bzw. der Bereich abgesichert werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.16 Erweiterung der 30er Beschränkung Anton-Gerstl-Straße Ecke Plabutscherstraße (KO Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Durch die Baustelle in der Peter-Tunner-Gasse ist das Verkehrsaufkommen im Bereich der Plabutscherstraße massiv gestiegen. Nachdem auf der Anton-Gerstl-Straße temporär Tempo 30 gilt, wäre die Verlängerung der 30er Zone bis zur Firma Odörfer sehr wichtig, um das Verkehrsrisiko im Bereich der Kreuzung Plabutscherstraße/Anton Gerstl-Straße zusätzlich zu minimieren.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen ob und bis wann im betreffenden Bereich die Verlegung der 30er Tafel erfolgen kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.17 Geschwindigkeitsreduzierende Maßnahmen für Radfahrer (KO Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Besonders in den Sommermonaten wird der Radweg, der in die Fischeraustraße mündet, sehr viel genutzt. Die Strecke hinter dem Obi wird oft für die Beschleunigung genutzt. Für die dort lebenden Anrainer führt dies oft zu gefährlichen Situationen beim Ausparken aus den Ausfahrten.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen ob und bis wann im betreffenden Bereich eine Geschwindigkeitsreduzierende Maßnahme umgesetzt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.18 Zebrastreifen Pfarrgasse Ecke Straßganger Straße und Sitzbänke in der Umgebung
(KO Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Es ist bekannt, dass die Straßganger Straße gerade in diesem Abschnitt von Autos zügig befahren wird. Da sich dort die Schutzengelkirche, ein Kindergarten und eine Seniorenresidenz befinden, wäre ein sicherer Übergang für Fußgänger (Kinder, ältere Menschen) wichtig.

Immer wieder haben uns Bürger auch davon berichtet, dass sie sich in dieser Umgebung Sitzgelegenheiten wünschen.
Im Zuge der Adaptierungsmaßnahmen wäre es sinnvoll auch Sitzgarnituren in der Umgebung aufzustellen.
Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen ob und bis wann ein Zebrastreifen errichtet werden kann und süd/westlich der Pfarrgasse Sitzgarnituren aufgestellt bzw. bestehende marode Bänke ausgetauscht werden können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.19 Zebrastreifen Schippingerstraße
(KO Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In der Schippingerstraße fehlt es auf Höhe der Kreuzung Zanklstraße/Schippingerstraße an einer sicheren Überquerungsmöglichkeit für Fußgänger. Da sich gleich in der Nähe auch der Spielplatz Fischeraustraße befindet, und es ansonsten keine sichere Querungsmöglichkeit gibt, braucht es hier dringend einen Zebrastreifen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen ob und bis wann im betreffenden Bereich in der Schippingerstraße ein Zebrastreifen umgesetzt werden kann.

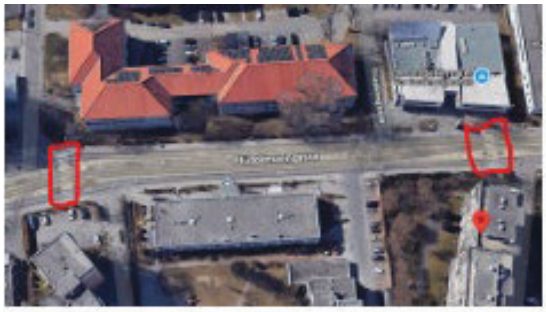
Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.20 Maßnahmen für Schutzweg in der Plüddemanngasse
(Berichterstatter: KlObm Pascuttini, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Wie Medien berichtet haben, kam es am 8.1.2025 in der Plüddemanngasse auf Höhe Spar-Markt zu einem schweren Verkehrsunfall mit einem Kind. Ein 55-jähriger Autolenker aus dem Bezirk Graz-Umgebung dürfte gegen 6.50 Uhr eine zwölfjährige Schülerin auf einem Schutzweg übersehen haben. Das Auto erfasste die junge Grazerin, durch die Wucht des Aufpralls wurde sie auch noch gegen ein im Gegenverkehr stehendes Fahrzeug geschleudert.



Solche schlimmen Vorfälle lassen sich wahrscheinlich nie hundertprozentig verhindern. Allerdings ist es nötig als Stadt alles Machbare zu tun, um solche Vorfälle auf ein Minimum zu reduzieren.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen ob und bis wann die beiden Schutzwege (siehe rote Kennzeichnung im Bild), mit einer Warnblinkanlage wie auch bei anderen Übergängen üblich oder ähnlichen Maßnahmen, aufgerüstet werden können.

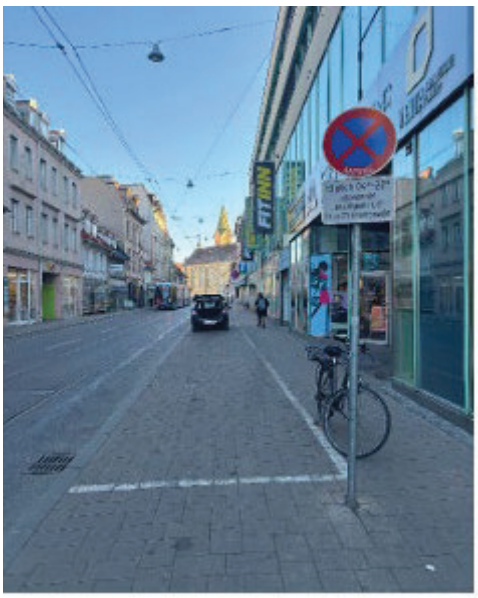
Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.21 Ladezone Gleisdorfergasse
(GR Winter, KFG)

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In der Gleisdorfer Gasse stehen regelmäßig Fahrzeuge zum Be- und Entladen. Dies ist für den Warenverkehr vor Ort wichtig und stellt unter normalen Umständen kein Problem dar. Sobald allerdings zwei LKWs mit abgesenkter Laderampe dort stehen wollen, kommt es immer wieder zu Behinderungen durch die aktuelle Tafel (siehe Bild), weswegen dann besonders große LKWs nicht mehr in der eingezeichneten Linie stehen können und eine Behinderung darstellen.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen ob und bis wann eine sinnvolle Versetzung der Tafel möglich ist.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.22 Schaffung neuer Schutzwege in der Gradnerstraße (GR Wagner, FPÖ)

Originaltext des Antrages:

Die Gradnerstraße zählt zu den stark frequentierten Gemeindestraßen in Graz. Beim Bau des Radwegs in der Gradnerstraße wurde leider scheinbar auf Fußgeher, die zur Gruppe der vulnerablen Verkehrsteilnehmer zählen, vergessen: Es braucht mehr Schutzwege, die die nördliche und die südliche Straßenseite miteinander verbinden und Fußgehern ein sicheres Queren der Gradnerstraße ermöglichen. Vor allem im stark besiedelten Bereich Gradnerstraße/Spitzäckerweg und auf Höhe der Gradnerstraße 54 (Wohnpark Hausnummern 40-40i) fehlen Schutzwege. Schulkinder, die in diesen Siedlungen zuhause sind, müssen dort die Straße zum Erreichen der nahen gelegenen Bushaltestellen künftig sicher queren können.
Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag

gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, im Bereich Gradnerstraße/Spitzäckerweg und auf Höhe Gradnerstraße 54 Schutzwege zu schaffen, die Fußgehern ein sichers Queren der Gradnerstraße ermöglichen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10.23 Zusatztaffeln im Park und Halteverbot
(GR Wagner, FPÖ)

Originaltext des Antrages:

Im September 2024 wurde in der Wiesenauergasse 10 vor der Kinderbetreuungseinrichtung ein Halte- und Parkverbot verhängt.

In diesen Einrichtungen befinden sich insgesamt 9 Gruppen (5 Kinderkrippe,4 Kindergarten) mit ca. 135 Kindern, welche dort betreut werden.

Die letzten 12 Jahre war es möglich vor der Einrichtung zu halten, um die Kinder zur Betreuung zu bringen. Nun müssen die Eltern in anderen Nebenstraßen parken um dann oftmals mit Kleinkindern am Arm oder mit Kinderwägen bei Wind und Wetter am Fahrbahnrand zur Betreuungseinrichtung bringen.

Das ist nicht nur sehr mühselig, sondern auch gefährlich.
Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag

gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob ein Halten wärend den Öffnungszeiten der Kindertagesstätte eingerichtet werden kann und dies durch anbringen von Zusatztafeln zu Beschildern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.